8.4.

Antrag

KLJB Bundesversammlung/Bundesausschuss

Initiator*innen: HBA (dort beschlossen am: 17.10.2026)

Titel: **Parteiverbotsverfahren gegen die AfD - jetzt!**

Antragstext

Als KLJB fordern wir Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat dazu auf, **einen Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der rechtsextremistischen Partei Alternative für Deutschland (AfD) nach Artikel 21 Absatz 2 Grundgesetz und §§ 43 ff. Bundesverfassungsgerichtsgesetz beim Bundesverfassungsgericht zu stellen.**

Die AfD betreibt eine menschen- und demokratiefeindliche Politik, deren Ziele die freiheitliche demokratische Grundordnung beeinträchtigen und die mit dem christlichen Menschenbild und dem Glauben an die unantastbare Würde eines jedes Menschen unvereinbar sind.

Der KLJB-Bundesvorstand wird beauftragt, sich in der politischen Interessensvertretung zu Bundes- und Landesregierungen, demokratischen Parteien und Politiker*innen sowie innerhalb des BDKJs und anderer Netzwerk- und Bündnispartner*innen für die Einleitung der Prüfung eines AfD-Parteiverbotsverfahrens einzusetzen.

Mit dieser Forderung erweitern wir unseren Beschluss der KLJB-Bundesversammlung 2024 *„Klare Kante gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus! Wir stehen für eine offene und pluralistische Gesellschaft ein.“*[1]

[1] Vgl.: Beschluss der KLJB-Bundesversammlung 2024: „Klare Kante gegen

Rechtspopulismus und Rechtsextremismus! Wir stehen für eine offene und pluralistische Gesellschaft ein.“ Auf: https://www.kljb.org/wp-content/uploads/2025/08/BV-2024-Beschluss-Nr.-4-Klare-Kante-neu.pdf (Stand: 25.09.2026)